zum Kreistag am 16.05.2022, TOP 17
Hinweis für die Presse: Bitte nicht vor dem Sitzungstermin veröffentlichen.

Landkreis Ebersberg Ebersberg, 02.05.2022
Az. Zuständig: Katja Witschaß, ☎

Vorgesehene Beratungsreihenfolge
Kreistag am 16.05.2022, Ö

Haushalt 2021; Zusammenfassung aus den Berichten der Fachausschüsse über das Jahresergebnis 2021

Sitzungsvorlage 2021/0581

I. Sachverhalt:

Diese Angelegenheit wurde bereits behandelt im
Jugendhilfeausschuss am 17.03.2022, TOP 3 ö
SFB-Ausschuss am 23.03.2022, TOP 3 ö
ULV-Ausschuss am 30.03.2022, TOP 4 ö
LSV-Ausschuss am 06.04.2022, TOP 3 ö
Kreis- und Strategieausschuss am 25.04.2022, TOP 4 ö

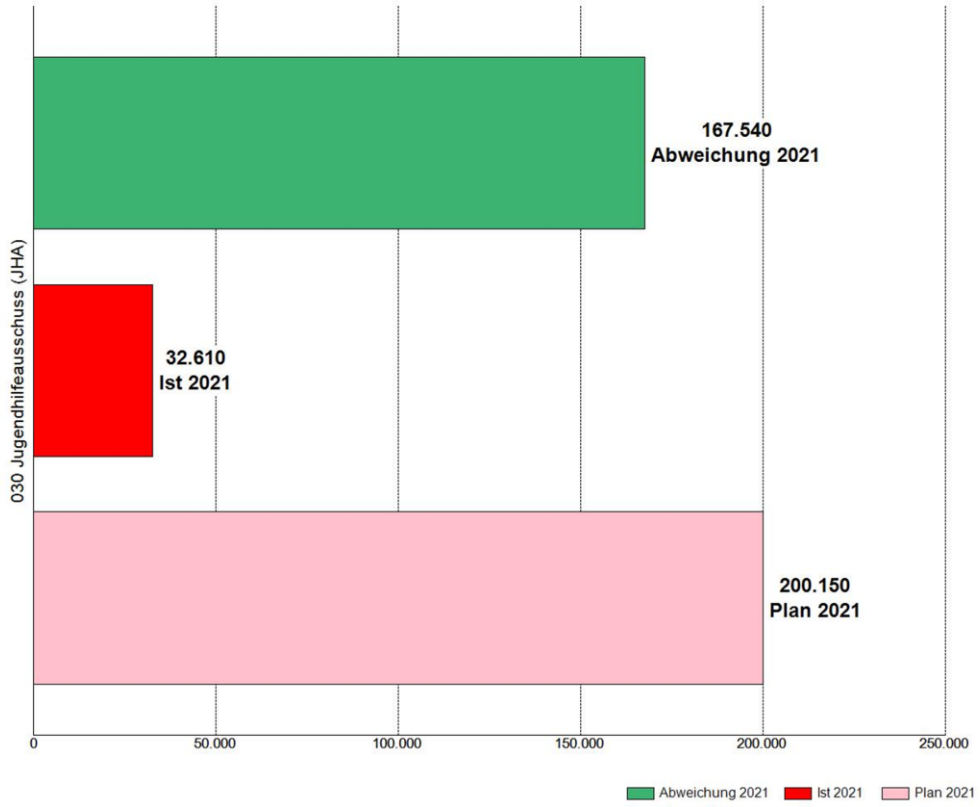
Dem Kreistag wird im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung eine Zusammenfassung der Jahresergebnisse aus den Fachausschüssen kompakt dargestellt. Die ausführlichen Diskussionen fanden in den Fachausschüssen statt. Nachdem der Jahresabschluss bereits in der Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses am 25.04.2022 behandelt und der örtlichen Revision zur Prüfung weitergeleitet wurde, stellt dieser Bericht bereits das endgültige Jahresergebnis 2021 vor Prüfung dar.

Aufgrund von Korrekturbuchungen gibt es Abweichungen zu den Sitzungsvorlagen in den Fachausschüssen. Die Korrekturbuchungen haben keine Auswirkungen auf genehmigungspflichtige Sachverhalte und wurden in diesem Bericht mit **NEU** gekennzeichnet.

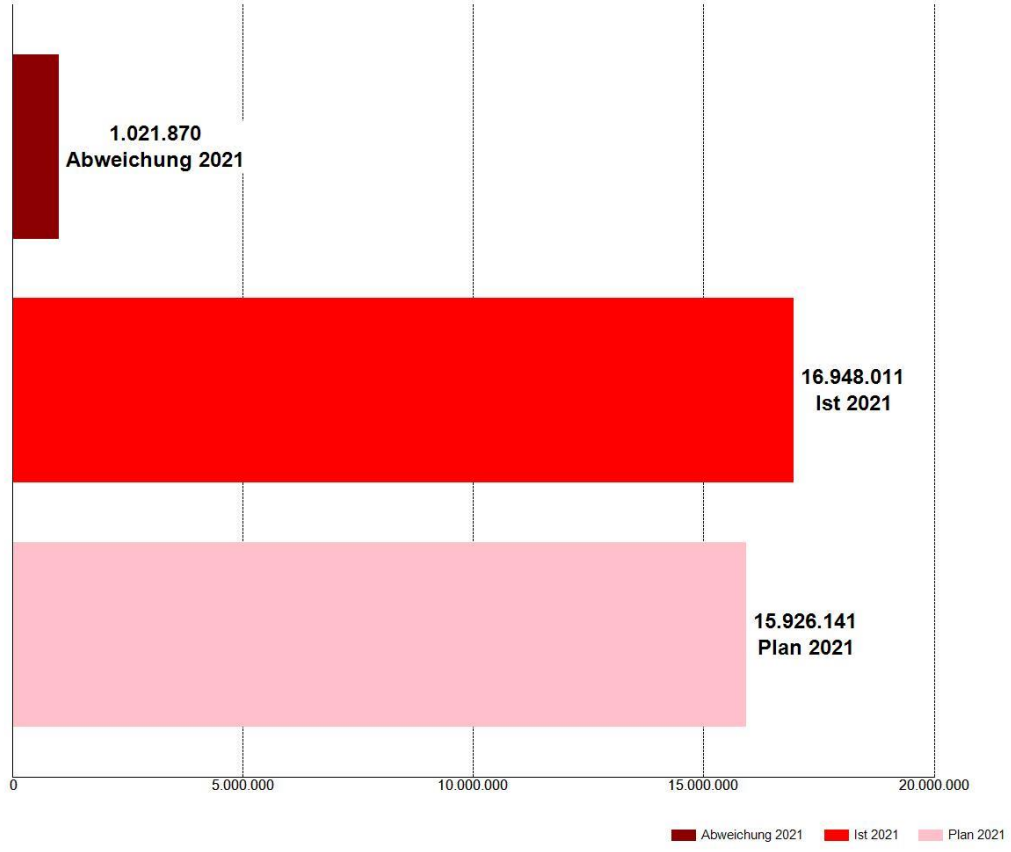
1. Jugendhilfeausschuss – Beratungen am 17.03.2022, TOP 3 Ö

1.1. Investitionen

Die Jugendhilfe beansprucht bezüglich der Investitionen nur einen minimalen Anteil im Vergleich zum Gesamtvolumen. Folgende Investitionstätigkeit wurde gebucht:



1.2. Ergebnisrechnung (NEU)



*Detaillierte Darstellung der Kostenstellen **(NEU)**:*

	2018	2019	2020	2021			
	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist	Abweichung	Abweichung in %
230 Jugendamt	11.380.081	12.637.300	14.261.938	15.389.767	15.001.972	-387.795	-2,5%
232 Hilfe für junge Volljährige § 41	1.172.483	1.577.994	1.536.242	0	1.393.370	1.393.370	0,0%
231 Kreisjugendring	372.227	400.556	426.837	480.387	501.448	21.061	4,4%
233 umA (unbegleitete minderjährige Ausländer)	-63.528	3.585	48.155	-4.818	-47.042	-42.224	876,4%
600 Fachabteilung 6, Jugend, Familie und Demografie	69.005	73.063	63.232	60.805	98.263	37.458	61,6%
030 Jugendhilfeausschuss (JHA)	**12.930.268**	**14.692.497**	**16.336.405**	**15.926.141**	**16.948.011**	**1.021.870**	**6,4%**

Der Jugendhilfeausschuss hat den Gesamtplan in Höhe von 15.926.141 € **um 1.021.870 € bzw. 6,4 % überschritten**.

Im Vergleich zur Sitzungsvorlage Top 3 Haushalt 2021 des Jugendhilfeausschusses am 17.03.2022 hat sich das Ergebnis um 7,90 € verbessert. Die Stadt Ebersberg hatte einen neuen Abrechnungsbescheid für Wasser/Abwasser erstellt.

Die nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung der Nettoaufwendungen in der Jugendhilfe im Plan-Ist-Vergleich seit 2011:

	Plan	Ist	Abweichung	Ist / Plan %
2011	9.907.625	10.578.060	670.434	107%
2012	10.415.981	10.430.677	14.696	100%
2013	10.794.757	10.896.900	102.143	101%
2014	11.301.081	11.762.001	460.920	104%
2015	12.095.594	12.028.254	-67.340	99%
2016	13.670.131	11.493.915	-2.176.217	84%
2017	12.751.173	12.432.728	-318.444	98%
2018	12.933.158	12.930.268	-2.889	100%
2019	13.461.160	14.692.497	1.231.337	109%
2020	14.213.206	16.336.405	2.123.199	115%
2021	15.926.141	16.948.011	1.021.870	106%

Die seit dem Haushaltsjahr 2012 verbesserte Prognosegenauigkeit wurde in den letzten Jahren mehrfach unter Beweis gestellt. Ab 2019 kam es zu deutlich steigenden Abweichung zum Planungsprozess. Das Erfordernis, so viele Kinder, Jugendliche und junge Volljährige mit multiplen Problemlagen, intensivpädagogisch betreuen zu müssen, ließ sich in dieser Form nicht vorhersehen.

1.3. Steuerungsmöglichkeiten

Die Haushaltsentwicklung 2021 ist gekennzeichnet durch eine hohe Überschreitung in den Produkten 2345 und 2346 und macht deutlich, dass die Kosten- und Fallzahlentwicklung in

diesen beiden Hilfearten maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung des Gesamtbudgets des Jugendhilfeausschusses nimmt.

Der Fallzugang an sich lässt sich aufgrund der gesetzlichen Vorgaben im Jugendamt kaum bzw. nicht steuern. Zusammen mit den Entgeltsteigerungen aller stationären Leistungen sind die Fallzahlen ursächlich für die hohe Abweichung vom Budget.

Das Kreisjugendamt Ebersberg bekennt sich zu dem propagierten Slogan aus der Bildungsregion „Kein Talent darf verloren gehen“ und fördert junge Volljährige unter anderem in der Übergangsphase von der Schule in den Beruf. Durch unterstützende Hilfen und im Wege der Nachbetreuung befähigt das Kreisjugendamt Ebersberg junge Volljährige zum Abschluss einer Berufsausbildung und zur Eingliederung in die Gesellschaft und eröffnet diesem Personenkreis damit die Grundlagen einer eigenverantwortlichen Lebensführung und gesellschaftlichen Teilhabe.

Gesellschaftliche Entwicklungen mit einem immer späteren Eintritt in die Berufswelt führen allerdings dazu, dass diese mittlerweile gesetzlich fixierte Hilfeleistung verstärkt in Anspruch genommen wird. Die Nettoaufwendungen in diesem Bereich konnten trotz einer Ausweitung des Angebots durch fachliche Steuerung von 1,5 Mio. Euro auf 1,3 Mio. Euro reduziert werden. Dieser Effekt ist jedoch zu gering, um auf das Gesamtergebnis nennenswert Einfluss zu nehmen.

Die bisher durchgeführten Prozessoptimierungen verdeutlichen, dass der Kostentwicklung, als Folge gesellschaftlicher Veränderung, nur mit weitreichenden organisatorischen Änderungen und neuen Prozessabläufen begegnet werden kann. Ein unverändertes Fortführen der bisherigen Strukturen und Prozesse wird auch in den kommenden Jahren erhebliche Abweichungen von den vorgegebenen Eckwerten zur Folge haben.

Letztlich geht es darum, fachliche Antworten auf eine immer später eintretende Endphase des Jugendalters, immer auffälligere Jugendliche (Stichwort: Systemsprenger) und einer weiter abnehmenden Anzahl erziehungsfähiger Eltern und Sorgeberechtigter zu entwickeln.

1.4. *Ausblick auf die künftige Entwicklung (NEU)*

	Ist				Plan	Veränderung Ist 2020 zu Ist 2021	Veränderung Ist 2021 zu Plan 2022
	2018	2019	2020	2021	2022		
230 Jugendamt	11.380.081	12.637.300	14.261.938	15.001.972	17.353.060	740.033	2.351.089
232 Hilfe für junge Volljährige § 41	1.172.483	1.577.994	1.536.242	1.393.370	64.900	-142.872	-1.328.470
231 Kreisjugendring	372.227	400.556	426.837	501.448	577.117	74.611	75.669
233 umA (unbegleitete minderjährige Ausländer)	-63.528	3.585	48.155	-47.042	-71.315	-95.197	-24.273
600 Fachabteilung 6, Jugend, Familie und Demografie	69.005	73.063	63.232	98.263	79.106	35.031	-19.157
JHA	**12.930.268**	**14.692.497**	**16.336.405**	**16.948.011**	**18.002.868**	**611.606**	**1.054.857**

Das Jahresergebnis des Jugendhilfeausschusses lag 2021 um 611.606 € bzw. 3,7 % über dem Ergebnis des Vorjahres. **Der Planansatz 2022 liegt um 1.054.857 € bzw. 6,2 % über dem Ist-Budget des Jahres 2021.**

Vom jetzigen Standpunkt geht das Jugendamt davon aus, dass die Einhaltung des Plans 2022 ohne Rückgang der Fallzahlen und geeigneter Gegenmaßnahmen nicht erreichbar ist. Dies begründet sich wie folgt:

Die Inflationsrate liegt in Deutschland aktuell bei 5,2 %. Diese Kostensteigerungen werden von den Trägern der freien Jugendhilfe unmittelbar an das Jugendamt weitergereicht wer-

den. Somit steht zu befürchten, dass die sich auf einem hohen Niveau befindlichen Entgelte für ambulante und stationäre Leistungen nochmals weiter steigen werden.

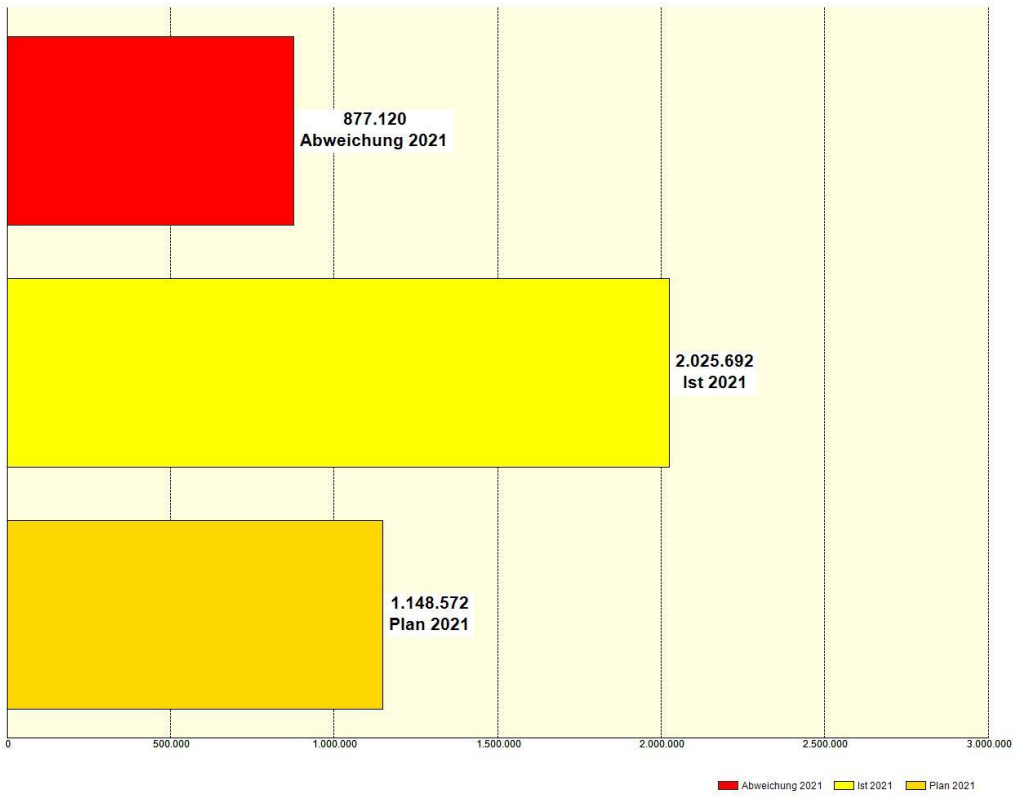
Der Landkreis verzeichnet ein stetiges Wachstum bei den Einwohnern. In der Gemeinde Poing werden ab Juni 2022 etwa 2.000 weitere Wohneinheiten bezogen. Dieser Zuzug wird sich auch in der Inanspruchnahme von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe niederschlagen.

Durch Corona lässt sich eine höhere Inanspruchnahme einiger Systeme in der Kinder- und Jugendhilfe feststellen. So steigt die Zahl der Schulbegleitungen deutlich an und verursacht zusätzliche Kosten. Es sind mehr Fälle mit psychiatrischen Auffälligkeiten zu verzeichnen, die deutlich höhere und damit kostenintensivere Betreuungsformen erforderlich machen werden.

In Summe ist mit weiterhin steigenden Fallzahlen sowie immer komplexeren Fallgestaltungen zu rechnen. Dies zieht steigende Kosten nach sich. Nachdem es sich um Pflichtaufgaben nach dem SGB VIII handelt, hat das Kreisjugendamt Ebersberg hier fast keine Steuerungsmöglichkeiten.

2. SFB-Ausschuss - Beratungen am 23.03.2022, TOP 3 ö

2.1. Investitionen <u>komplett</u> (Teilbudgets 040|045)

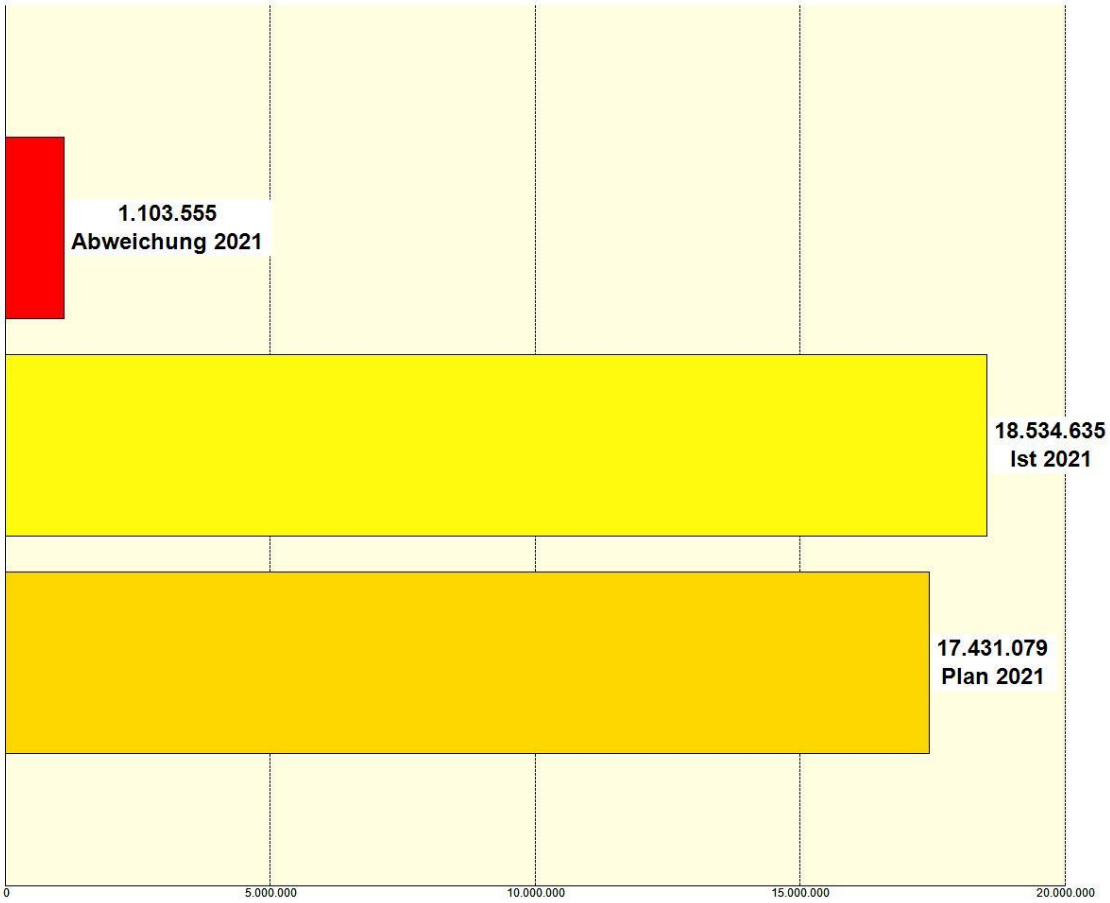


Der Mittelabfluss bei den Investitionen stellt sich seit dem Jahr 2011 wie folgt dar:

	Plan	Ist	Abweichung	Ist / Plan %
2011	3.735.340	5.176.302	1.440.962	138,58%
2012	1.718.680	1.145.426	-573.254	66,65%
2013	560.910	373.808	-187.102	66,64%
2014	1.285.420	1.323.552	38.132	102,97%
2015	3.320.344	2.481.637	-838.707	74,74%
2016	5.147.039	5.096.914	-50.125	99,03%
2017	2.154.550	1.544.205	-610.345	71,67%
2018	1.409.538	831.196	-578.342	58,97%
2019	1.927.684	1.201.955	-725.729	62,35%
2020	1.573.433	603.526	-969.907	38,36%
2021	1.148.572	2.025.692	877.120	176,37%

Der SFB-Ausschuss hat den Gesamtplan in Höhe von 1.148.572 € **um 877.120 € überschritten**, das sind 76,37 %. Die Überschreitung begründet sich hauptsächlich aufgrund der in 2021 nicht eingegangenen Förderungen für die Digitalisierung der Schulen.

2.2. Ergebnisrechnung komplett (Teilbudgets 040|045) (NEU)



Die Ergebnisse zeigen seit Beobachtung folgendes Bild:

	Plan	Ist	Abweichung	Abw. in %
2011	15.471.390	15.068.353	-403.037	-2,6%
2012	14.060.789	14.624.933	564.144	4,0%
2013	14.940.472	15.310.934	370.463	2,5%
2014	14.954.411	15.482.796	528.385	3,5%
2015	16.263.237	18.298.234	2.034.997	12,5%
2016	17.671.521	15.398.488	-2.273.032	-12,9%
2017	18.099.595	16.405.526	-1.694.068	-9,4%
2018	17.107.969	17.621.984	514.015	3,0%
2019	17.277.953	17.321.331	43.378	0,3%
2020	18.043.792	17.190.380	-853.412	-4,7%
2021	17.431.079	18.534.635	1.103.555	6,3%

Der SFB-Ausschuss hat den Gesamtplan in Höhe von 17.431.079 € um **1.103.555 € überschritten**, das sind 6,3 %.

Im Vergleich zur Sitzungsvorlage Top 3 Haushalt 2021 des SFB-Ausschusses am 23.03.2022 hat sich das Ergebnis um 765 € verbessert. Es erfolgten 3 Nachbuchungen auf der Kostenstellen 310 (Ausländer- und Personenstandswesen), in dem jeweils 255 € für die Onlineeinbürgerung als Ertrag nachträglich erfasst worden sind.

Das Budget des SFB-Ausschusses beansprucht 26 %, also ein gutes Viertel des kompletten Budgets der **Ergebnisrechnung**. Es ist damit das größte Teilbudget im Kreishaushalt. Im Jahr 2021 wird im Gegensatz zu dem Jahr 2020, in dem das Budget nicht ausgeschöpft wurde (- 4,7 %) wieder eine Planüberschreitung von 6,3 % erreicht. Die Verwerfungen in diesem Budget waren vor allem in den Jahren 2015 bis 2017 beträchtlich und auf den Bereich Asyl zurückzuführen. Es zeigten sich in diesen Jahren wesentliche Planungsunsicherheiten. Auch 2021 kam es in der detaillierten Betrachtung bei einigen Kostenstellen zu erheblichen Ergebnisabweichungen sowohl in positiver als auch negativer Hinsicht.

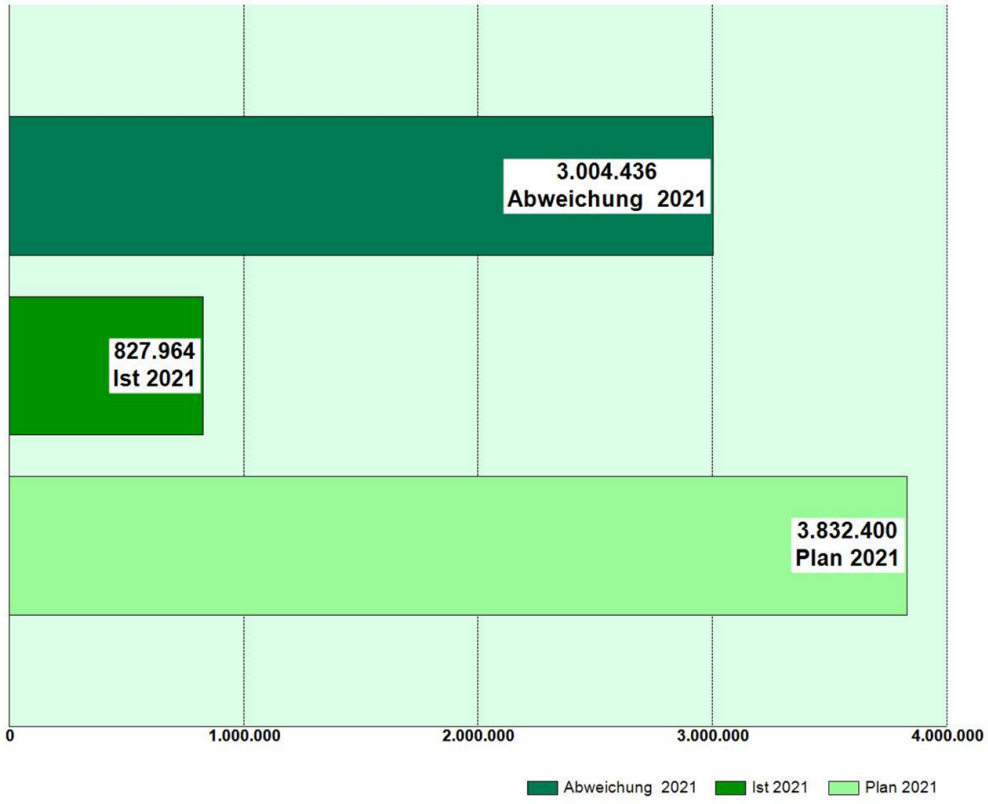
2.3. Ausblick auf die künftige Entwicklung (NEU)

Ist			Ist	Plan	Veränderung Ist 2020 zu Ist 2021	Veränderung Ist 2021 zu Plan 2022
2018	2019	2020	2021	2022		
17.621.984	17.321.331	17.190.380	18.534.635	18.059.855	1.344.255	-474.780

Der Planansatz 2022 liegt um 474.780 € unter dem Ist 2021.

3. ULV-Ausschuss – Beratung am 30.03.2022, TOP 4 Ö

3.1. Investitionen ohne KAW



Der Mittelabfluss bei den Investitionen liegt im Auswertungszeitraum seit 2011 immer deutlich unter der Planung, wie die nachfolgende Darstellung zeigt:

	Plan	Ist	Abweichung	Ist / Plan %
2011	3.014.500	1.468.377	-1.546.123	48,71%
2012	1.957.700	671.673	-1.286.027	34,31%
2013	2.240.350	1.172.112	-1.068.238	52,32%
2014	1.940.571	1.057.731	-882.840	54,51%
2015	1.472.521	491.172	-981.349	33,36%
2016	2.192.320	313.297	-1.879.023	14,29%
2017	2.135.900	7.046	-2.128.854	0,33%
2018	3.987.150	234.807	-3.752.343	5,89%
2019	3.733.440	1.992.719	-1.740.721	53,38%
2020	5.596.450	1.206.531	-4.389.919	21,56%
2021	3.832.400	827.964	-3.004.436	21,60%

Von den für das Jahr 2021 veranschlagten Mittel für Investitionen von 3.832.400 € wurden 827.964 € ausgeschöpft. Damit wurden rund 21,6 % der geplanten investiven Mittel in Anspruch genommen. Nach einer deutlichen Steigerung des Ausschöpfungsgrades von 2018 zu 2019, sinkt dieser ab dem Jahr 2020 wieder deutlich.

Ein wesentlicher Grund für den niedrigen Ausschöpfungsgrad der Investitionen im Jahr 2021 sind die nicht umgesetzten Maßnahmen im Straßenbau.

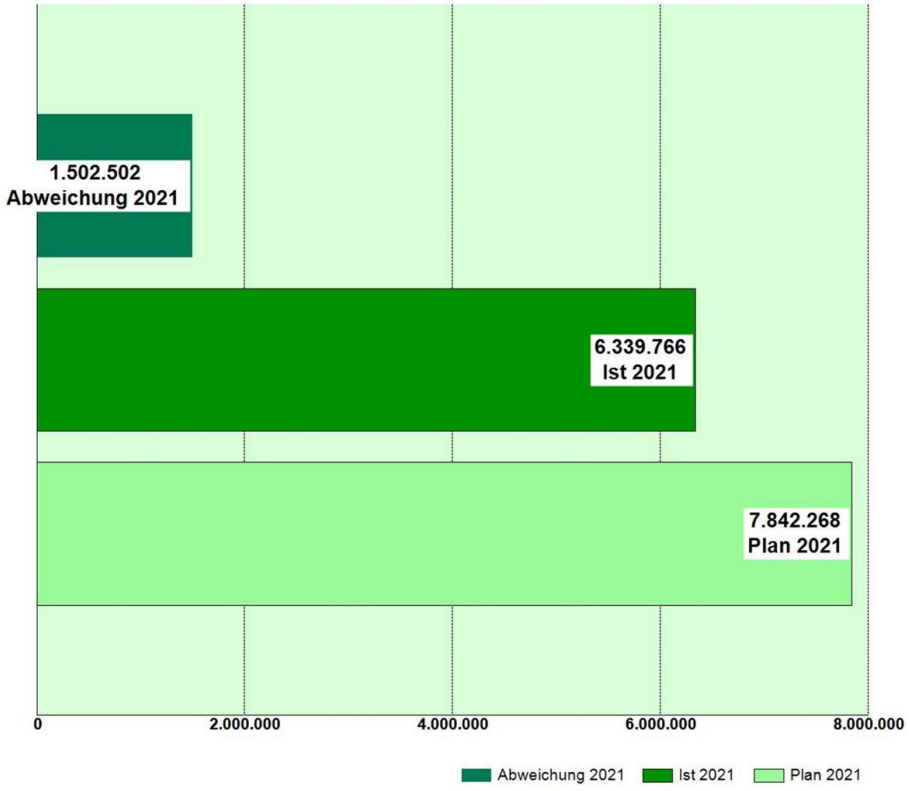
Die Investitionspauschale des Freistaats Bayern, die dem Landkreis im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs auf Grundlage des Art. 12 Bayerisches Finanzausgleichsgesetz (BayFAG) zur freien Verwendung für die Finanzierung von Investitions-, Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen gewährt wird, wurde im ULV-Ausschuss für folgende Maßnahmen verwendet:

910-13-001	EBE13: Neubau Viehtrift + Brückensanierung b.Bruck	400.000 €
910-20-015	EBE20: ZEB Jakobneuharting - Sensau	300.000 €
910-0003	LKW/Geräteträger (f. große LKWs)	200.012 €
910-08-007	EBE8: Ausbau Nettelkofen b. Seeschneider-Kreuzung	150.000 €

Ohne Einbezug der zur Haushaltplanung 2021 noch nicht feststehenden Verwendung dieser Investitionspauschale ergeben sich für das Jahr 2021 Ausgaben für Investitionen in Höhe von 1.877.977 € (Ausschöpfung des Budgets: 49 %).

3.2. Ergebnisrechnung ohne KAW

Die nachfolgende Grafik zeigt das Ergebnis ohne die Kommunale Abfallwirtschaft (KAW):



Entwicklung der Ergebnisse:

	Plan	Ist	Abweichung	Abweichung %
2011	4.271.995	4.793.876	521.882	12,2%
2012	4.063.851	4.524.151	460.300	11,3%
2013	4.236.138	3.453.092	-783.046	-18,5%
2014	4.482.509	3.796.468	-686.041	-15,3%

	Plan	Ist	Abweichung	Abweichung %
2015	4.761.166	4.247.038	-514.127	-10,8%
2016	4.754.990	4.545.631	-209.359	-4,4%
2017	4.899.431	4.843.676	-55.755	-1,1%
2018	5.379.686	5.210.172	-169.513	-3,2%
2019	5.914.170	5.206.258	-707.912	-12,0%
2020	6.585.678	6.099.887	-485.791	-7,4%
2021	7.842.268	6.339.766	-1.502.502	-19,2%

Der ULV-Ausschuss hat den Gesamtplan in Höhe von 7.842.268 € um **1.502.502 € unterschritten**, das sind 19,2 %.

Das Budget des ULV-Ausschusses beanspruchte 2021 insgesamt 11,6 % der kompletten Ergebnisrechnung, die über die Kreisumlage zu finanzieren ist.

Die höchsten Budgets werden in den Kostenstellen 910 Kreisstraßenunterhalt und 112 ÖPNV/ Radwege bewirtschaftet.

3.3. Zusammenfassende Bewertung zur Kommunalen Abfallwirtschaft

Die Kommunale Abfallwirtschaft als kostenrechnende Einrichtung wird nicht über die Kreisumlage, sondern über Gebühren der Benutzer finanziert.

Die finanzielle Lage der Abfallwirtschaft ist derzeit als gut zu bezeichnen. 2021 wurden die Gebühren neu kalkuliert. Die Abfallwirtschaft erwirtschaftete in 2021 Erträge in Höhe von 1,5 Mio. €. Der Verlust des Jahres 2020 in Höhe von 61.529 € konnte somit ausgeglichen werden. Zusätzlich konnte eine Gebührenausgleichsrücklage in Höhe von 1.412.820 € gebildet werden.

Da der Deponiekörper noch nicht in die Nachsorgephase entlassen wurde und eine schlechte Zinsentwicklung keine Reserven bilden lässt, ist zu erwarten, dass die Nachsorgerückstellung, die zum 31.12.2021 einen Stand von 6.212.557 € aufweist, weiterhin erhöht werden muss.

3.4. Ausblick auf die künftige Entwicklung

ULV-Ausschuss (ohne Kommunale Abfallwirtschaft):

Ist			Ist	Plan	Veränderung Ist 2020 zu Ist 2021	Veränderung Ist 2021 zu Plan 2022
2018	2019	2020	2021	2022		
5.210.172	5.206.258	6.099.887	6.339.766	9.000.695	239.880	2.660.928

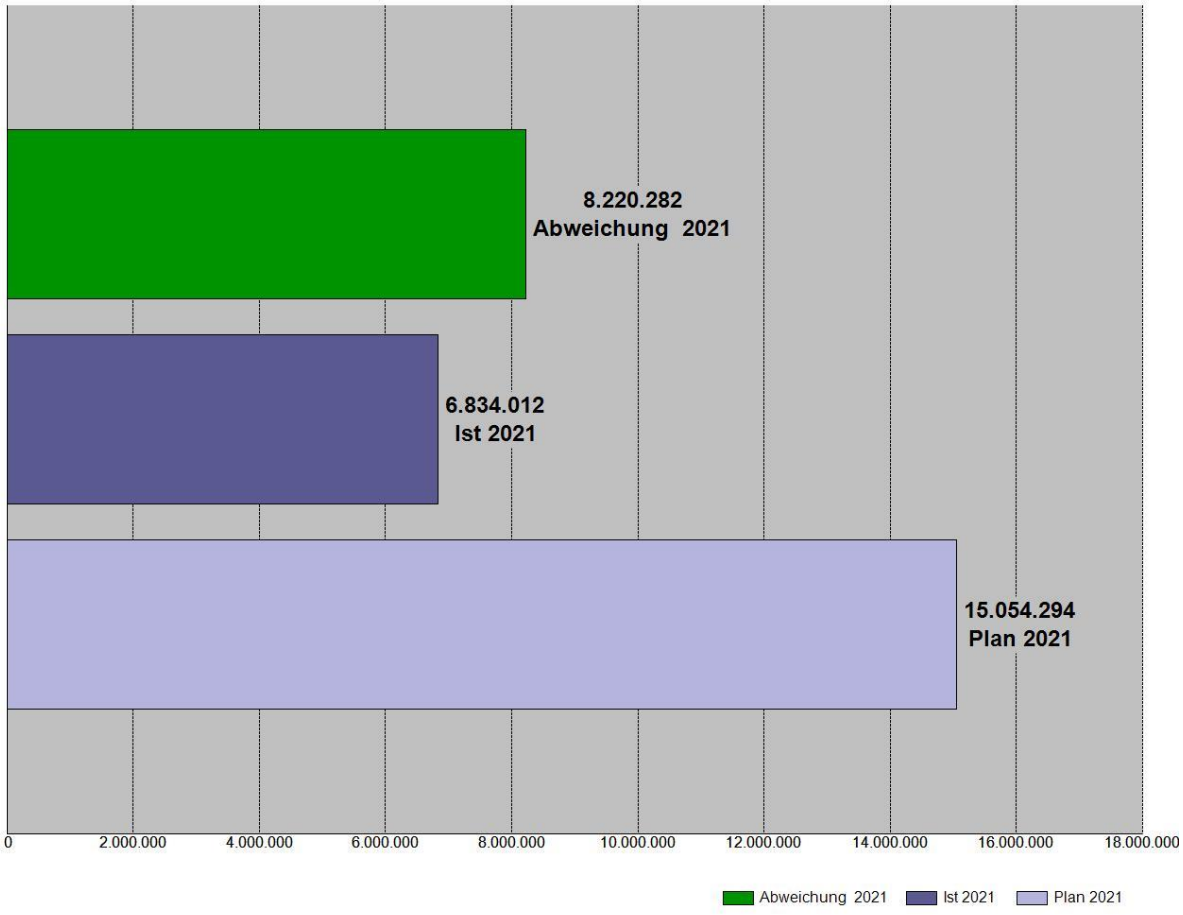
Der Planansatz 2022 wurde mit 2.660.928 € über dem Ergebnis des Haushaltsjahres 2021 veranschlagt und spiegelt mit einer Erhöhung von 42 % den steigenden Trend des Teilbudgets in den letzten Jahren wieder. Bei dieser Steigerung ist zu beachten, dass ab 2022 die

Kostenstelle, Klimaschutzmanagement, dem ULV-Ausschuss zugeordnet ist und die Wohnungsbauförderung nicht mehr im Teilhaushalt des ULVs veranschlagt wurde.

Anhand der Entwicklung der vergangenen Jahre ist darüber hinaus ersichtlich, dass das Ergebnis des ULV-Ausschusses höchst heterogen zu beurteilen ist, was maßgeblich von den Themen ÖPNV und Schülerbeförderung beeinflusst wird. In diesen Bereichen sind, wie die Entwicklung der Vorjahre regelmäßig zeigte, Planabweichungen sowohl positiver als auch negativer Art von mehreren 100.000 € möglich. Zugleich stellen die Einnahmen aus überlassenen Kostenaufkommen im staatlichen Bereich aus Genehmigungsverfahren aber auch der Eingriffsverwaltung in der Regel einen sehr unsicheren Faktor dar, der von zahlreichen gesellschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen beeinflusst wird.

4. LSV-Ausschuss - Beratungen am 06.04.2022, TOP 3 Ö

4.1. Investitionen (NEU)



Der LSV-Ausschuss hat den Gesamtplan der Investitionen in Höhe von 15.054.294 € **um 8.220.282 € bzw. 54,6 % unterschritten.**

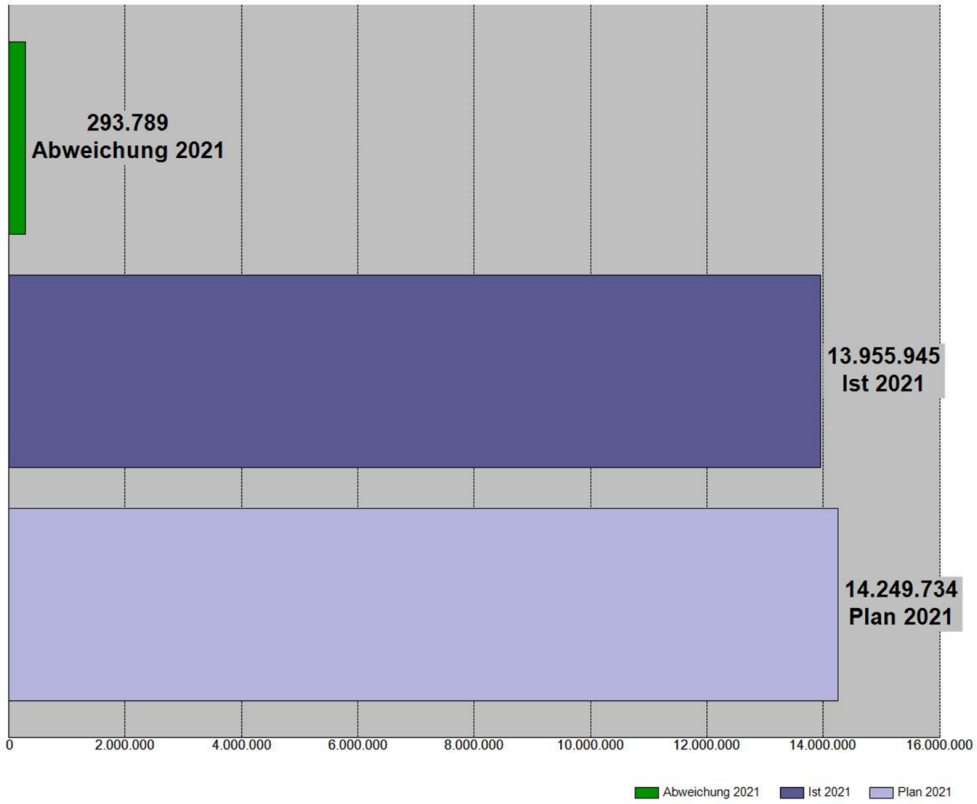
Der Mittelabfluss bei den stellt sich seit 2011 wie folgt dar:

	Plan	Ist	Abweichung	Ist / Plan %
2011	16.263.606	10.361.199	-5.902.407	63,7%
2012	17.970.030	21.923.160	3.953.130	122,0%
2013	12.558.880	6.791.900	-5.766.980	54,1%
2014	8.937.754	3.928.130	-5.009.624	44,0%
2015	3.595.370	4.175.326	579.956	116,10%
2016	1.108.620	-600.279	-1.708.899	-54,10%
2017	6.061.325	5.725.345	-335.980	94,50%
2018	17.081.380	12.368.122	-4.713.258	72,40%
2019	8.675.180	4.349.743	-4.325.437	50,10%
2020	9.743.713	4.087.248	-5.656.465	41,90%
2021	15.054.294	6.834.012	-8.220.282	45,40%

Der Netto-Mittelabfluss lag 2021 bei 6.834.012 €. Der niedrige Ausschöpfungsgrad hängt unter anderem mit den Verzögerungen durch Corona zusammen. Des Weiteren beinhaltete die Planung Ansätze für das Berufsschulzentrum Ebersberg und für das Gymnasium Poing, welche mit einem Sperrvermerk versehen wurden. Darüber hinaus konnte die Erweiterung des Gebäudes Gymnasium Vaterstetten (ca. 4 Mio. €) nicht wie geplant umgesetzt werden.

Zur LSV-Sitzung am 06.04.2022 wurde ein Netto-Mittelabfluss in Höhe 1,3 Mio. € vorgestellt. Dies war ein Darstellungsfehler, weil die gesamte Restschuld des PPP-Kirchseeon in Höhe von 5.522.819,14 € auf der Investitionsnummer im IST gutgeschrieben werden musste, damit die Tilgungsleistungen in der Finanzrechnung und im Darlehensmodul ordentlich abgebildet werden können. Dabei handelt es sich, um einen Einmaleffekt, welcher bei der Berechnung des tatsächlichen Investitionsvolumens herausgerechnet werden muss.

4.2. Ergebnisrechnung



Der LSV-Ausschuss hat den Gesamtplan in Höhe von 14.249.734 € um **293.789 € bzw. 2,1 % unterschritten.**
Das Teilbudget des LSV-Ausschusses beansprucht im Jahr 2021 rund 21 % des kompletten Budgets der **Ergebnisrechnung**, welches über die Kreisumlage zu finanzieren ist.

Der Mittelabfluss in der Ergebnisrechnung stellt sich in der Entwicklung seit dem Jahr 2011 wie folgt dar:

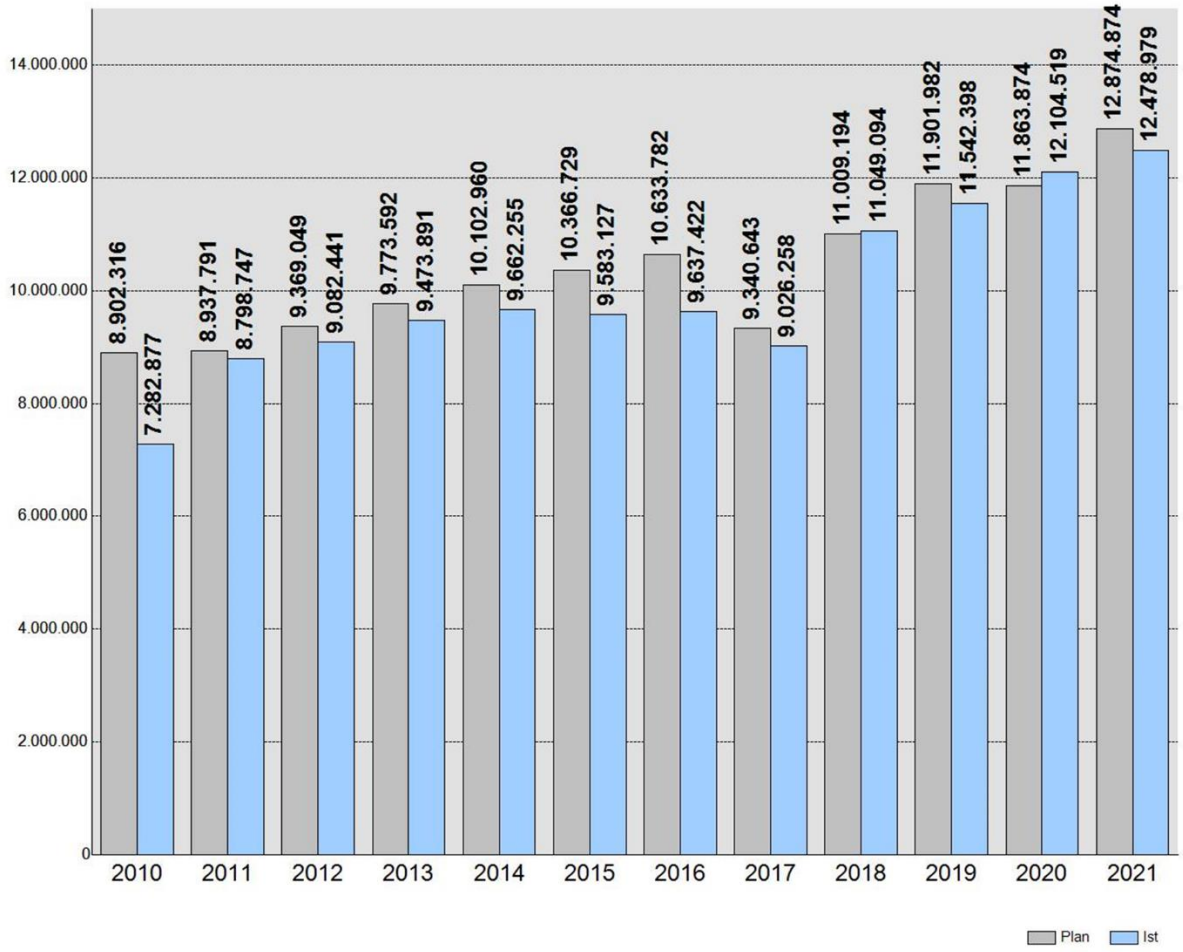
	Plan	Ist	Abweichung	Ist / Plan %
2011	9.605.291	9.694.895	89.604	100,9%
2012	10.086.180	9.889.664	-196.516	98,1%
2013	10.576.047	10.335.640	-240.406	97,7%
2014	10.900.633	10.677.701	-222.932	98,0%
2015	11.199.661	10.630.264	-569.398	94,9%
2016	11.596.315	10.645.346	-950.969	91,8%
2017	10.361.105	10.158.651	-202.454	98,0%
2018	12.184.808	12.365.159	180.351	101,5%
2019	13.099.269	12.792.011	-307.258	97,7%
2020	13.153.226	13.447.124	293.898	102,2%
2021	14.249.734	13.955.945	-293.789	97,9%

Energetische Sanierungen rücken immer weiter in den Vordergrund, schließlich muss auch der Landkreis seinen Beitrag zur Energiewende leisten. Es ist eine politische Entscheidung, wie hoch die Mittel sind, die für Bauunterhaltsmaßnahmen jährlich zur Verfügung gestellt werden. Nicht unberücksichtigt sollte bleiben, dass die beschlossenen bzw. teilweise bereits

realisierten Generalsanierungen ebenfalls Bauunterhaltsmaßnahmen sind, die allerdings in den investiven Bereich verschoben wurden. Dies hat zwei Vorteile:

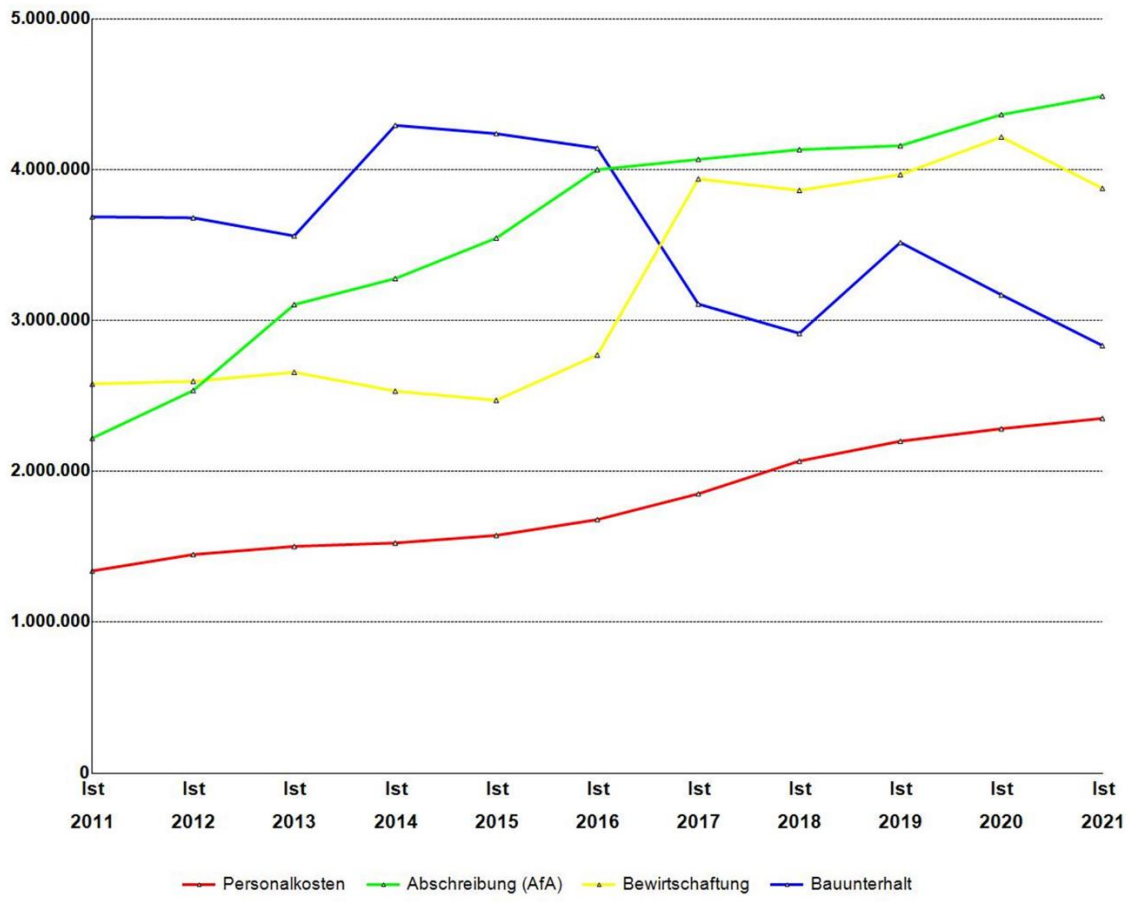
- Maßnahmen können über (sehr günstige) Kredite finanziert werden
- Die Maßnahmen sind förderfähig, was sie im Unterhaltsbereich nicht wären.

Entwicklung der Unterhaltsaufwendungen:



Die Mittel für die Liegenschaften des Landkreises wurden bis zum Jahr 2016 jährlich erhöht. Von 2016 auf 2017 sank der Mittelverbrauch um 611.164 € bzw. 6,3 % bevor im Jahr 2018 wieder ein deutlicher Anstieg um 2.022.836 € bzw. 22 % zu verzeichnen war. 2019 wurden die Unterhaltsaufwendungen erneut um 892.788 € angehoben. Allerdings wurden die Mittel um 359.584 bzw. 3,02 % unterschritten. Gegenüber dem Jahr 2019 wurde 2020 wieder weniger Mittel (38.100 €) eingeplant, welche jedoch um 245.883 € bzw. 2,07 % überschritten wurden. 2021 wurden gegenüber dem Plan 2020 1.011.000 € mehr an Mittel veranschlagt, wobei das Ist-Ergebnis um 395.895 € hinter dem Plan zurückbleibt.

Die nachfolgende Grafik unterteilt die **Aufwendungen** (ohne Berücksichtigung von Erträgen) in die Positionen Abschreibung, Bauunterhalt, Bewirtschaftung und Personalkosten:



Personalkosten: rote Linie – leicht steigend
Abschreibung: grüne Linie – stark ansteigend
Bewirtschaftung: gelbe Linie – steigend ab 2015
Bauunterhalt: blaue Linie – heterogene Entwicklung, abflachend in den letzten Jahren.

Seit dem Jahr 2016 erfolgt eine Aufteilung der PPP Betriebsleistung in Bewirtschaftung und Bauunterhalt, welche zuvor (mangels Transparenz) zusammen dem Bauunterhalt zugeordnet waren.

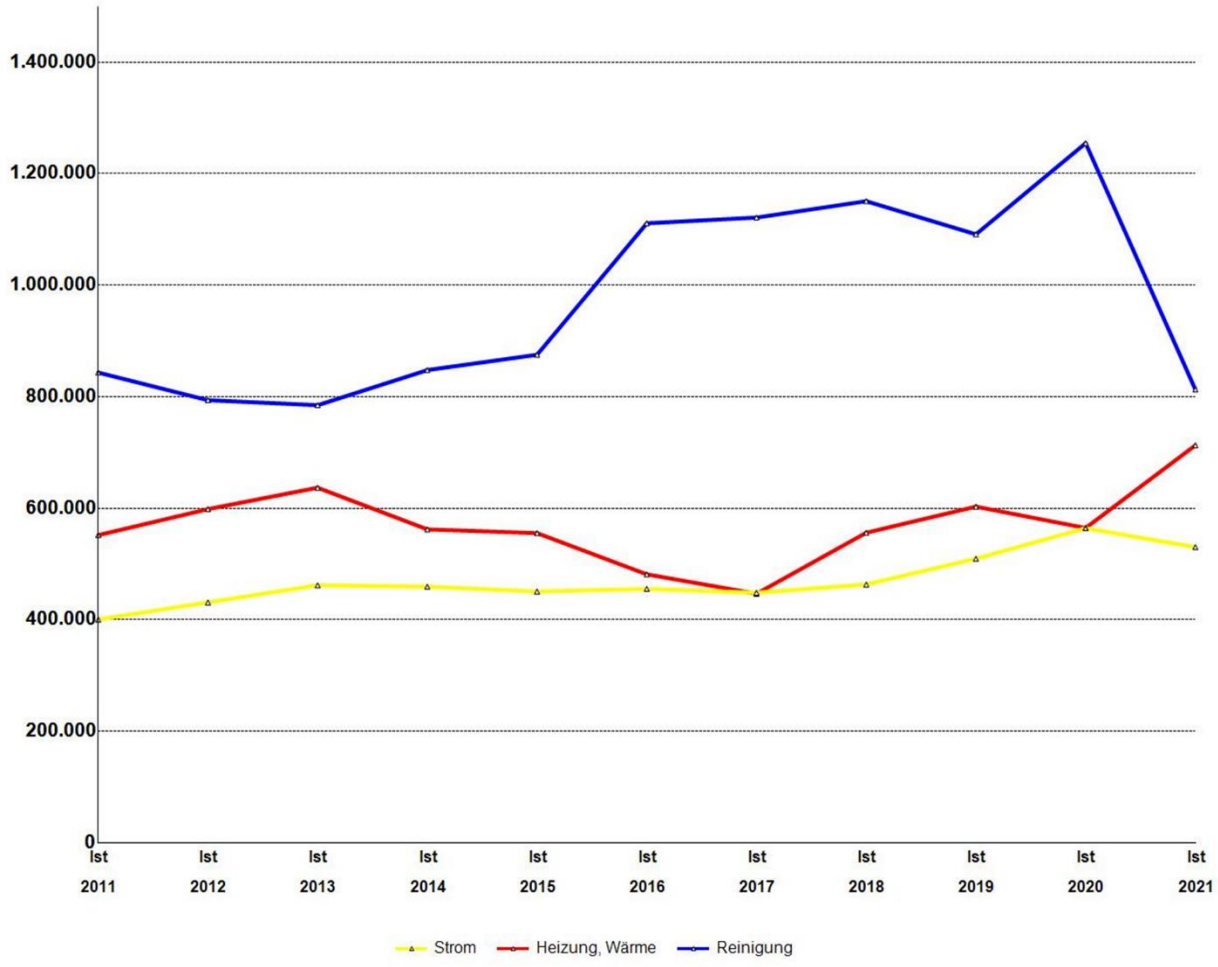
Die Entwicklung der einzelnen Unterhaltsarten:

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist
Personalkosten	1.340.370	1.448.899	1.502.766	1.525.315	1.575.640	1.680.312	1.851.177	2.068.392	2.199.932	2.282.993	2.456.340	2.351.282
Abschreibung (AfA)	2.219.882	2.535.885	3.105.371	3.277.931	3.546.303	3.999.754	4.067.751	4.132.647	4.158.597	4.364.723	4.420.606	4.486.618
Bewirtschaftung	2.579.933	2.597.338	2.656.868	2.532.361	2.471.325	2.771.340	3.938.378	3.862.723	3.966.682	4.215.864	4.200.752	3.876.135
Bauunterhalt	3.687.107	3.680.719	3.560.683	4.293.566	4.238.330	4.142.477	3.109.452	2.915.014	3.517.392	3.169.965	3.278.751	2.833.807

Die Personalkosten stiegen gegenüber dem Vorjahr weiterhin an. Die AfA entwickelt sich weiter steigend. Bei den Bewirtschaftungskosten ist durch die Zuordnung des PPP-Betriebskostenanteils, der für die Bewirtschaftung anfällt, insbesondere 2017 eine starke Steigerung gegeben. Der Planansatz 2021 bei den Bewirtschaftungskosten wurde mit einer Abweichung von rund 324.616 € unterschritten. Diese Unterschreitung ist auf die in 2021 nicht verbuchten Reinigungsrechnungen aufgrund fehlender Unterlagen zurückzuführen. Der ab 2017 starke Rückgang im Bauunterhalt erklärt sich u.a. durch die nun mögliche Aufteilung

des PPP-Betriebskostenanteils, welcher zuvor voll im Bauunterhalt enthalten war. Von 2016 bis 2019, ist der Bauunterhalt rückläufig. Ursächlich für die Reduzierung von 2017 auf 2018 ist u.a. die Kostenstelle 971 Gebäude Straßenmeisterei. Hier fielen im Jahr 2017 Kosten für Dachdeckungsarbeiten an, die 2018 keine entsprechende Veranschlagung mehr fanden. 2019 stieg der Bauunterhalt erstmals um 602.378 € bzw. 21 % an. Darunter fallen vor allem die Instandhaltungsrückstellungen in Höhe von 754.036 €. Im Jahr 2020 und 2021 sanken die IST-Kosten des Bauunterhalts wieder. 2021 wurden nicht alle veranschlagten Mittel für Gutachten und Beraterleistungen z.B. für das Verwaltungsgebäude an der Eichthalstraße und an der Kolpingstraße sowie die geplanten Honorare für das Gymnasium Markt Schwaben und für die Turnhalle benötigt. Außerdem fielen beim Unterhalt eigener Gebäude weniger, als geplant, an. Z.B. war für das Hausmeisterhaus am Gymnasium Vaterstetten die Sanierung der Standsicherheit vorgesehen. Diese sollte zusammen mit der Erweiterung II der Schule umgesetzt werden. Allerdings stellte sich heraus, dass die Rohbaufirma der Erweiterung II nicht für die Sanierung geeignet ist.

Betrachtung ausgewählter Bewirtschaftungskosten (Strom, Heizung, Reinigung):



	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist
Strom	400.342	430.997	461.742	459.297	450.495	455.260	448.312	463.205	509.349	563.974	562.629	530.146
Heizung, Wärme	551.585	598.206	636.688	561.897	555.197	481.293	446.529	555.869	602.712	564.402	607.333	712.678
Reinigung	843.151	793.633	784.590	847.593	875.041	1.110.795	1.121.055	1.150.488	1.091.067	1.254.475	1.189.313	812.734

Die **Stromkosten** der Liegenschaften haben sich im Zeitraum von 2011 bis 2021 (IST) um ca. 32 % erhöht. Der Planansatz 2021 wurde um 32.483 € bzw. 5,8 % unterschritten. Aufgrund von Corona wurde an den Schulen und für die Turnhallen weniger Strom verbraucht.

Die **Heizkosten** haben sich von 2011 bis 2013 stetig erhöht. Von 2013 bis 2017 war ein stetiger Rückgang der Heizkosten zu beobachten. Seit 2018 ist ein entgegengesetzter Trend zu verspüren. Die Kosten steigen wieder an (+ 109.340 € bzw. + 24,5 % von 2017 auf 2018). Diese Entwicklung begründet sich in erster Linie durch die neue Liegenschaft des Verwaltungsgebäudes an der Kolpingstraße, wofür trotz Leerstand Kosten von 78.000 € anfielen. 2019 ist ein weiterer Anstieg von 46.843 € bzw. 8,4 % erkennbar. 2020 sinkt der Bedarf erstmals wieder um 38.310 € bzw. 6,4 %. Im Jahr 2021 ist wieder ein deutlicher Anstieg von 148.276 € bzw. um 26,3 % zu verzeichnen. Die erhöhten Ausgaben kommen durch eine Preissteigerung zustande. Hinzu kommt noch, dass auf Grund von Corona mehr gelüftet wird und dadurch die Heizkosten steigen. Ebenfalls war in der Haushaltsplanung 2021 die Nutzung des Verwaltungsgebäudes an der Kolpingstraße in diesem Umfang nicht eingeplant.

Die **Reinigungskosten** haben sich im Zeitraum von 2011 bis 2019 stetig erhöht. 2019 konnten die Kosten erstmals wieder gesenkt werden. Gegenüber 2019 wurden 2020 rund 163.408 € Corona-bedingt mehr benötigt. Im Jahr 2021 wurden insgesamt nur 812.734 € verbucht. Aufgrund von nicht gelieferten Unterlagen von der Reinigungsfirma wurden im Jahr 2021 nur Rechnungen bis einschließlich September bezahlt. Zu einer Klärung der offenen Rechnungen mit der Reinigungsfirma kam es erst Anfang Februar. Somit konnten nicht mehr alle Rechnungen in das Haushaltsjahr 2021 gebucht werden.

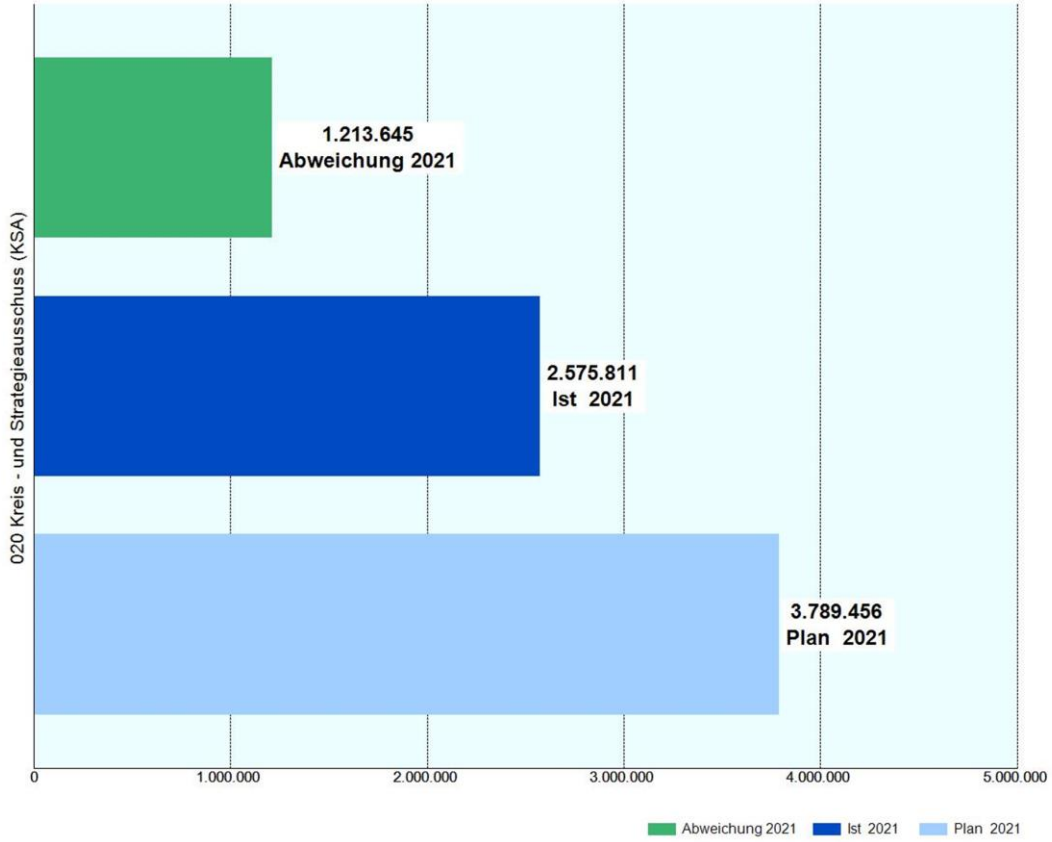
4.3. Ausblick auf die künftige Entwicklung

Ist			Ist	Plan	Veränderung Ist 2020 zu Ist 2021	Veränderung Ist 2021 zu Plan 2022
2018	2019	2020	2021	2022		
12.365.159	12.792.011	13.447.124	13.955.945	14.999.534	508.820	1.043.589

Das Ergebnis 2021 liegt um 508.820 € über dem Ist 2020. Zudem liegt der Planansatz 2022 um 1.043.589 € über dem Ist 2021.

5. Kreis- und Strategieausschuss – Beratungen am 25.04.2022 TOP 4 Ö

5.1. Investitionen



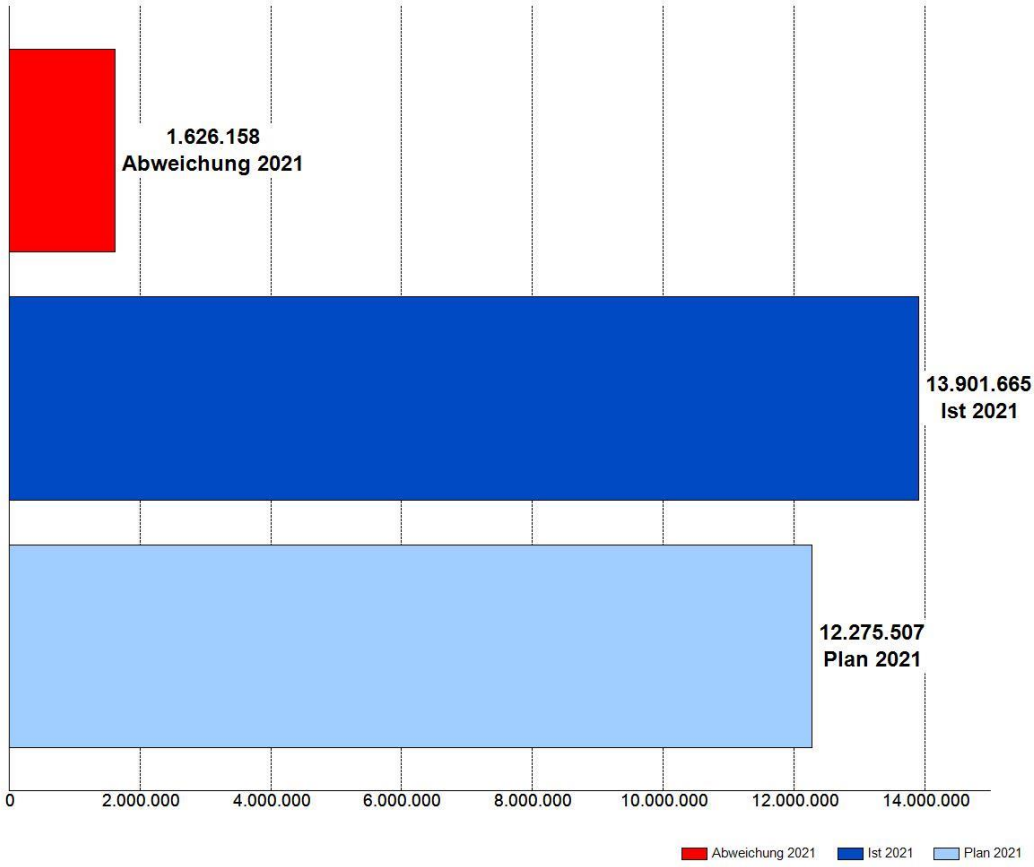
Für das Jahr 2021 waren 3.789.456 € an Investitionen im Kreis- und Strategieausschuss geplant. Tatsächlich ergab sich eine Unterschreitung dieses Ansatzes in Höhe **von 1.213.645 €.**

Der Mittelabfluss bei den Investitionen stellt sich seit der Beobachtung wie folgt dar:

	Plan	Ist	Abweichung	Ist / Plan %
2011	9.826.340	1.115.582	-8.710.758	11,4%
2012	11.330.582	1.938.910	-9.391.672	17,1%
2013	3.757.253	2.188.266	-1.568.987	58,2%
2014	6.532.011	5.480.244	-1.051.767	83,9%
2015	9.344.837	7.032.734	-2.312.103	75,3%
2016	4.303.564	-20.857	-4.324.421	-0,5%
2017	3.142.586	2.423.442	-719.144	77,1%
2018	3.191.361	4.232.661	1.041.300	132,6%
2019	6.194.278	1.340.728	-4.853.550	21,6%
2020	3.642.576	521.825	-3.120.751	14,3%
2021	3.789.456	2.575.811	-1.213.645	68,0%

Der Investitionsansatz wurde 2021 zu 68 % ausgeschöpft. Dies ist in erster Linie auf das Darlehen für die Wohnbaugesellschaft Ebersberg gKU zurückzuführen.

5.2. Ergebnisrechnung

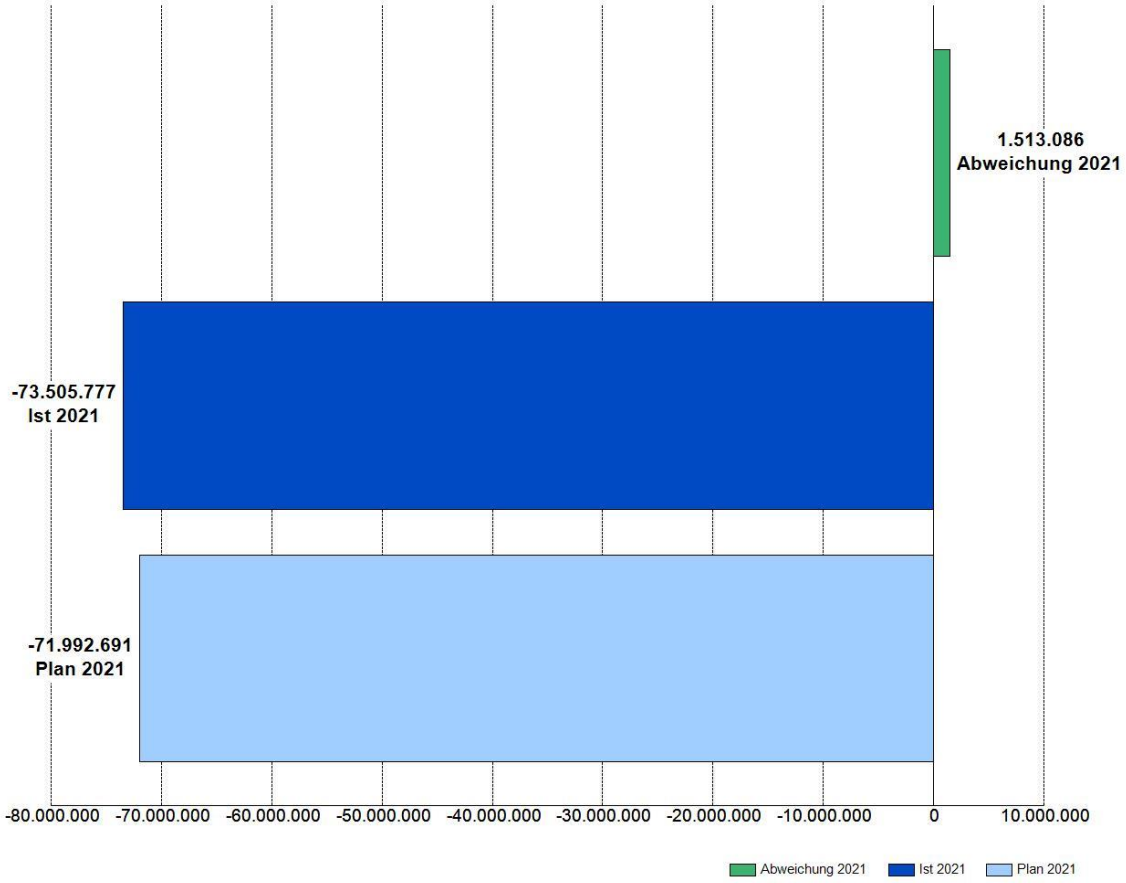


Der Kreis- und Strategieausschuss hat den Gesamtplan in Höhe von 12.275.507 € **um 1.626.158 € überschritten**, das sind 13,2 %. Die Betrachtung der einzelnen Kostenstellen zeigt sehr heterogene Einzelergebnisse.

	Plan	Ist	Abweichung	Abw. in %
2011	4.777.265	5.401.061	623.795	13,1%
2012	4.689.579	5.572.801	883.222	18,8%
2013	5.062.975	6.104.985	1.042.010	20,6%
2014	6.473.838	6.721.906	248.068	3,8%
2015	6.688.198	8.513.138	1.824.941	27,3%
2016	6.869.258	7.941.077	1.071.819	15,6%
2017	8.209.281	8.225.890	16.608	0,2%
2018	8.665.707	8.958.832	293.125	3,4%
2019	9.122.260	9.720.881	598.620	6,6%
2020	13.113.295	13.255.405	142.110	1,1%
2021	12.275.507	13.901.665	1.626.158	13,2%

In den letzten zehn Jahren wurde das geplante Budget des Kreis- und Strategieausschusses regelmäßig überschritten. Die prozentualen Überschreitungen bewegten sich dabei in einem Rahmen von 0,2 % bis 27,3 %.

5.3. Finanzierung des Kreishaushalts – Kostenstelle 020



Bei der Kostenstelle, Finanzierung des Kreishaushaltes, wurden **die Erträge um 1.513.086 € überschritten.** Diese Mehrerträge resultieren in erster Linie aus einem höheren Kommunalanteil an der Grunderwerbsteuer für den Landkreis. Hier waren Erträge von 6 Mio. € geplant. Tatsächlich erhielt der Landkreis allerdings rund 7 Mio. € und damit 17 % mehr als in der Planung vorgesehen war. Die Schlüsselzuweisungen vom Land überstiegen ebenfalls den Planansatz um ca. 0,8 Mio. €. Im Gegensatz dazu mussten ca. 300.000 € mehr für Pensionsrückstellungen gebildet werden.

Im Jahr 2021 betrug das Zinsergebnis 249.549 € für ein Kreditportfolio von rund 34 Mio. € (einschließlich des Darlehens für die WBE; Stand: 31.12.2021), das entspricht einem durchschnittlichen Zinssatz von 0,7 % (netto, d.h., Zinsaufwand für Kredite abzüglich Zinsertrag für Guthaben). Zusätzlich wurde 2020 ein Kassenkredit in Höhe von 23,5 Mio. € für die Rückzahlung der Gewerbesteuer inklusive der Zinsen aufgenommen. Der Kassenkredit, für den keine Zinsen anfallen, muss zum Ende des Jahres 2025 zurückgezahlt werden.

5.5. Ausblick auf die künftige Entwicklung

Ist			Ist	Plan	Veränderung Ist 2020 zu Ist 2021	Veränderung Ist 2021 zu Plan 2022
2018	2019	2020	2021	2022		
8.958.832	9.720.881	13.255.405	13.901.665	14.025.635	**646.260**	**123.970**

Der Planansatz für das Jahr 2022 liegt mit 14.025.635 € um 123.970 € über dem Ist-Ergebnis 2021. Bei dem Ansatz 2022 ist das Budget für das Klimaschutzmanagement nicht mehr enthalten, weil diese Kostenstelle ab 2022 dem ULV-Ausschuss zugeordnet wird.

Das Ist-Ergebnis des Kreis- und Strategieausschusses hat sich von 2020 auf 2021 um 646.260 € erhöht.

Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☐ ja, positiv
☐ ja, negativ
☒ nein

Auswirkung auf Haushalt:

JHA-Ausschuss (NEU):
Das Teilbudget des Jugendhilfeausschusses 2021 wurde gegenüber dem Planansatz **um 1.021.870 € überschritten**, das sind 6,4 %. Die Investitionen wurden um **167.540 € bzw. rund 83,7 % unterschritten,** geplant waren 200.150 €.

SFB-Ausschuss (NEU):
Das Budget des SFB-Ausschusses wurde 2021 gegenüber dem Planansatz um **1.103.555 € überschritten**, das sind 6,3 %. Die Investitionen wurden um **877.120 überschritten,** das sind 76,37 %.

ULV-Ausschuss ohne KAW:
Der ULV-Ausschuss hat den Gesamtplan in Höhe von 7.842.268 € um **1.502.502 € unterschritten**, das sind **19,2 %**. Die geplanten Investitionen in Höhe 3.832.400 € wurden um **3.004.436 € unterschritten**.

LSV-Ausschuss (NEU):
Das Teilbudget des LSV-Ausschusses (Ergebnisrechnung) wurde 2021 gegenüber dem Planansatz **um 293.789 € bzw. 2,1 % unterschritten.** Die Investitionen wurden **um 8.220.282 € bzw. 54,6 % unterschritten**.

Kreis- und Strategieausschuss:

Das Budget des Kreis- und Strategieausschusses 2021 wurde gegenüber dem Planansatz um **1.626.158 € überschritten**, das sind **13,2 %**. Die Investitionen im Kreis- und Strategieausschuss wurden um **1.213.645 € unterschritten**.

Bei der Finanzierung entstand eine Überdeckung in Höhe von **1.513.086 € bzw. 2,1 %**.

Gesamtzusammenfassung Ergebnis 2021:

Für das Jahr 2021 ergab sich in der Ergebnisrechnung ein Gewinn von **3.887.284 €.**
Das Ergebnis fiel damit um **53.591 €** positiver aus als geplant.

	2020	2021		
	Ist	Plan	Ist	Vergleich Ist/Plan
KSA	13.255.405	12.275.507	**13.901.665**	1.626.158
SFB	17.190.380	17.431.079	**18.534.635**	1.103.555
LSV	13.447.124	14.249.734	**13.955.945**	-293.789
ULV ohne KAW	6.099.887	7.842.268	**6.339.766**	-1.502.502
KAW	61.529	434.268	**-61.529**	-495.797
JHA	16.336.405	15.926.141	**16.948.011**	1.021.870
FIN	-49.778.547	-71.620.814	**-73.505.777**	-1.513.086
Gesamt	**16.612.183**	**-3.833.693**	**-3.887.284**	**-53.591**

Gesamtzusammenfassung Investitionen 2021:

Im Jahr 2021 konnte der Landkreis von dem geplanten Investitionsvolumen von **24.372.872 €** Investitionen über **12.302.774 €** tatsächlich umsetzen. Die Investitionen lagen damit um **12 Mio. €** unter den Planungen.

	PLAN	IST	Vergleich IST/PLAN
	2021	2021	2021
Gesamtsumme Investitionen KSA	3.789.456	**2.575.811**	**-1.213.645**
Gesamtsumme Investitionen SFB	1.148.572	**2.025.702**	**877.130**
Gesamtsumme Investitionen LSV	15.054.294	**6.834.012**	**-8.220.282**
Gesamtsumme Investitionen ULV	4.180.400	**834.555**	**-3.345.845**
Gesamtsumme Investitionen JHA	200.150	**32.693**	**-167.457**
Summe Investitionen Landkreis Ebersberg	**24.372.872**	**12.302.774**	**-12.070.098**

Entwicklung der liquiden Mittel des Landkreises:

Die liquiden Mittel des Landkreises, einschließlich der Kommunalen Abfallwirtschaft (KAW) hatten am 31.12.2021 einen Stand von **15.038.086 €** (davon waren 9.038.512 € vom Landkreis, 248.366 € Erbe Jakob und 5.751.208 € von der KAW).

	Gesamt		Landkreis		Abfallwirtschaft		Erbe Jakob	
	Saldo	Veränderung	Saldo	Veränderung	Saldo	Veränderung	Saldo	Veränderung
2012	9.136.940	-10.758.034	2.830.810	-8.418.837	6.306.130	-2.339.196		
2013	15.248.427	6.111.487	6.245.188	3.414.378	9.003.238	2.697.109		
2014	14.393.038	-855.389	6.400.704	155.515	7.992.334	-1.010.904		

	Gesamt		Landkreis		Abfallwirtschaft		Erbe Jakob	
	Saldo	Veränderung	Saldo	Veränderung	Saldo	Veränderung	Saldo	Veränderung
2015	12.337.679	-2.055.359	5.093.874	-1.306.829	7.243.804	-748.530		
2016	21.456.304	9.118.626	14.444.201	9.350.326	7.012.104	-231.701		
2017	28.960.245	7.503.941	21.928.683	7.484.483	7.031.562	19.458		
2018	12.888.120	-16.072.124	6.133.375	-15.795.308	6.754.746	-276.816		
2019	19.580.829	6.692.708	12.952.317	6.818.942	6.458.703	-296.042	169.809	169.809
2020	11.070.703	-8.510.126	4.554.204	-8.398.113	6.310.052	-148.651	206.447	36.638
2021	**15.038.086**	**3.967.383**	**9.038.512**	**4.484.309**	**5.751.208**	**-558.845**	**248.366**	**41.919**

Entwicklung der Warnindikatoren aus der Finanzleitlinie:

Der im Jahr 2020 aufgenommene Kassenkredit wird bei den Warnindikatoren nicht mitberücksichtigt, da dieser ausschließlich für die Rückzahlung der Gewerbesteuer aufgenommen wurde und somit für die Finanzierung der Investitionen keine Rolle spielt. Im Schuldenstand 2021 ist außerdem das Darlehen für die WBE und die Gesamtkosten für das PPP-Kirchseeon nicht enthalten.

Im **Jahr 2021** entwickelten sich die fünf Warnindikatoren aus der Finanzleitlinie wie folgt:

1. Warnindikator Schuldenabbau: Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr um ca. 1,7 % auf nun 18,52 %.
2. Warnindikator Ergebnisüberschüsse: Mit einem positiven bereinigten Ergebnisüberschuss von 3,9 Mio. € bzw. 10,82 % der Verschuldung zum 1.1. des Vorjahres wird der vorgegebene Indikator eingehalten.
3. Warnindikator Schuldendienst: Zins und Tilgung dürfen nicht mehr als 6,8 Mio. € betragen. 2021 betragen diese 3,3 Mio. €.
4. Warnindikator Schuldenstand: Er darf 65% des Gesamtbetrags der jährlichen Aufwendungen der Ergebnisrechnung nicht überschreiten, was mit einem Wert von 18,52 % in 2021 erfüllt ist.
5. Warnindikator Eigenfinanzierungsanteil: Für Investitionen in Höhe von 12,3 Mio. € wurde 2021 Kredite in Höhe von 8,8 Mio. € aufgenommen. Der Warnindikator wird mit 28,24 % eingehalten.

Die Warnindikatoren Ergebnisüberschüsse und Schuldendienst konnten sich gegenüber dem Vorjahr verbessern.

Mit Beginn der Haushaltsbewirtschaftung 2022 werden sich die Warnindikatoren der Finanzleitlinie bis auf den Warnindikator Ergebnisüberschuss kontinuierlich Jahr für Jahr verschlechtern! Die Ergebnisüberschüsse sind für die Finanzierung der Investitionen sowie für die Rückzahlung des Kassenkredites notwendig.

II. Beschlussvorschlag:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Der zusammenfassende Bericht über den Jahresabschluss 2021 aus den einzelnen Fachausschüssen wird zur Kenntnis genommen.

Im nächsten Jahr wird in dieser Form über das Jahresergebnis 2022 berichtet.

gez.

Katja Witschaß